

NACHRICHTEN

Erster Angriff auf NATO-Gipfel

Donald Trump droht mit Abzug der US-Truppen aus Deutschland

USA: Zehntausende protestieren gegen rigide Einwanderungspolitik

Washington. Gegen Trumps rigide Einwanderungspolitik gingen am Wochenende in den USA Tausende Menschen auf die Straße. Unter dem Motto »Familien gehören zusammen« versammelten sich Bürger in allen 50 Bundesstaaten zu Protestmärschen. Die Hauptveranstaltung in Washington begann in der Nähe des Weißen Hauses. Am Freitag (Ortszeit) hatte indes das Justizministerium mitgeteilt, man wolle Kinder von illegal ins Land gekommenen Einwanderern länger als bislang erlaubt in Gewahrsam behalten. »Die Regierung wird Familien nicht trennen«, sondern sie gemeinsam festhalten, bis das Einwanderungsverfahren abgeschlossen sei, so das Ministerium. AFP/nd *Kommentar Seite 4*

Neuer Waffenstillstand im Südsudan schon nach Stunden gebrochen

Juba. Der kürzlich vereinbarte dauerhafte Waffenstillstand im Bürgerkriegsland Südsudan ist schon wenige Stunden nach Inkrafttreten am Samstag wieder gebrochen worden. Regierungstruppen und Rebellen beschuldigten sich gegenseitig, für die neuen Kämpfe verantwortlich zu sein. Der am Mittwoch verkündete Waffenstillstand galt ab Samstag. Rebellenführer Lam Paul Gabriel erklärte, die Streitkräfte hätten unweit der ugandischen Grenze eine Stellung der Rebellen angegriffen. Die Vereinten Nationen müssten den Vorfall untersuchen, forderte er. Militärsprecher Lul Ruai Koang hingegen erklärte, die Rebellen hätten eine Stellung der Soldaten angegriffen. Die Armee habe schlicht Selbstverteidigung geleistet. Keine Seite machte Angaben zu möglichen Opfern der jüngsten Kämpfe. dpa/nd

Mexiko: Kurz vor Wahl erneut Journalist getötet

Mexiko-Stadt. Kurz vor den Wahlen in Mexiko wurde erneut ein Journalist ermordet. Der 35-jährige José Guadalupe Chan ist der sechste Journalist, der seit Jahresbeginn in dem lateinamerikanischen Land getötet wurde. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft im Bundesstaat Quintana Roo wurde er in der Nacht zum Samstag in einer Bar in der Stadt Felipe Carrillo Puerto erschossen. Am Sonntag fanden in Mexiko Präsidentschafts-, Parlaments-, Regional- und Kommunalwahlen statt. Das Land ist seit Jahren vom blutigen Machtkampf zwischen den Drogenkartellen geprägt. Im vergangenen Jahr hat das Land einen Rekordwert von 25 339 Morden erreicht. AFP/nd

Das Pentagon prüft angeblich einen Abzug der in Deutschland stationierten US-Soldaten. Eine Trump-Eintagsfliege oder eine Strategieänderung? Auf jeden Fall ist es ein Angriff auf die NATO-Verbündeten.

Von René Heilig

Was die »Washington Post« aus dem US-Verteidigungsministerium Pentagon erfahren haben will, klingt noch unausgegoren, doch es ergibt Sinn. In einer internen Studie wird der Abzug eines Großteils der 35 000 US-Soldaten aus Deutschland erwogen. Mehrere Optionen liegen dafür auf dem Tisch. Man könnte die Masse in die USA zurückverlegen. Ami go home? Absurder Gedanke angesichts von Washingtons Global- und Anti-Russlandpolitik.

Wahrscheinlicher ist, dass man weitere Kampftruppen nach Osten und damit näher an die russische Grenze verlegen will. Die USA sind die Führungsnation der in Polen stationierten internationalen NATO-Truppe. Zusätzlich sind dort diverse US-Truppen mit permanenten »Übungsvorhaben« präsent. Zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Vor einigen Wochen war eine interne Studie des polnischen Verteidigungsministeriums bekannt geworden, laut der man eine gesamte US-Panzerdivision zur ständigen Stationierung nach Polen einlädt und mit zwei Milliarden US-Dollar für deren Unterhaltskosten aufkommen will. Das würde die Rolle Polens in der NATO extrem aufwerten. Mit Genuss würde die PiS-Regierung in Warschau Deutschland den Rang als größter Stationierungsort von US-Truppen außerhalb der Vereinigten Staaten ablaufen. Doch die Summe von zwei Milliarden US-Dollar, die das wirtschaftlich boomende Polen durchaus aufbringen könnte, wäre nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die Idee einer Truppenverschiebung hat angeblich US-Präsident Donald Trump selbst bei einem Treffen mit Militärberatern und Außenexperten des Weißen Hauses aufgebracht. Dass er nicht viel von den in der NATO üblichen Spielregeln hält, wo derartige Ideen wohl zuerst besprochen



Nicht die letzte Landung der US-Air-Force in Ramstein Foto: imago/Timm Ziegenthaler

werden müssten, unterstrich er bereits mehrfach durch Alleingänge.

Mehr noch: Trump hatte die NATO in der Vergangenheit mehrfach als »überflüssig« bezeichnet. Jüngst forderte er unverblümt in einem Brief acht europäische Mitglieder des Militärbündnisses zu höheren Verteidigungsausgaben auf. Dabei ist für ihn

die 2014 beim NATO-Gipfel getroffene Vereinbarung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts die unterste Grenze.

Während ein Sprecher des Nationalen Sicherheitsrats bestritt, eine Studie zu einem möglichen Truppenabzug aus Deutschland angefordert zu

haben, sagte ein Kollege des Verteidigungsministeriums, dass die Stationierung von US-Truppen im Ausland regelmäßig »Kosten-Nutzen-Rechnungen« unterzogen wird.

Und gerade auf die Kosten werden jene verweisen, die für eine Beibehaltung des derzeitigen US-Stationierungskonzepts in Europa sind. Auch Trumps Berater wissen, dass der Kongress das Geld nicht für solche abenteuerlichen Trump-Allüren locker machen wird. In Deutschland besteht eine solide Infrastruktur für die US-Truppen. Zu verlegen wären sicher die US-Trainingseinrichtungen in Grafenwöhr und Hohenfels. Auch die in Bayern stationierte Kampfbrigade würde in Polen beste Bedingungen vorfinden. Anders ist das mit wichtigen, global bedeutsamen Stabseinrichtungen, die aus historischen Gründen im Kalten Krieg entstanden sind und die in mehrerer Hinsicht global zentral liegen. In Stuttgart ist das U.S. European Command und in Wiesbaden das Hauptquartier der U.S. Army Europe disloziert. Auch das US-Afrika-Kommando liegt in Deutschland. Die US-Air-Base in Ramstein ist auf lange Sicht unverzichtbar für Nachschub- und Drohneneinsätze in die arabische Welt und nach Afrika. Für die Versorgung der US-Truppen bedeutsam sind die Nordsee-Häfen sowie die von der Bundesrepublik bereitgestellten und per neuem NATO-Kommando gesicherten Nachschublinien in Richtung Osten. Dafür Ostseehäfen in Polen und Litauen einzutauschen, wäre aus strategischer Sicht ein militärisches Abenteuer. Wichtig ist auch der Eifel-Standort Büchel, wo US-Atomwaffen lagern, die eine Rückendeckung für die an die russische Grenze verlegten NATO-Truppen sind. In Landstuhl haben die US-Truppen überdies das größte Hospital außerhalb des eigenen Hoheitsgebietes.

Es besteht also kaum Aussicht darauf, dass ein wichtiges Ziel der Friedensbewegung, die den Abzug der US-Truppen und insbesondere von deren Atomwaffen im Programm hat und die erst dieses Wochenende wieder mit 2500 Personen vor der Militärbasis Ramstein demonstrierte und diese zeitweise blockierte, aufgeht. Und was

wäre schon gewonnen, wenn man das aktuelle militärische US-Potenzial in einem anderen europäischen NATO-Staat wieder aufleben ließe?

Wohl aber werden einige NATO-Mitgliedsstaaten den Weckruf verstanden haben und den USA Angebote unterbreiten, wie die ihre Kosten minimieren können. Über diesen Weg wäre auch Deutschland eher in der Lage, die jetzt bis 2024 zugesicherten »militärischen« 1,5 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt in die Nähe der verlangten zwei Prozent zu bringen. Das käme auch einer anderen Trump-Idee entgegen, der schon einmal munter darüber nachgedacht hat, die Europäer doch für den US-Schirm zur Kasse zu bitten.

Zugleich wird die Debatte über ein verändertes US-Stationierungskonzept jene Politiker bestätigen, die sich für eine stärkere Europäisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik einsetzen. Insbesondere Frankreich und Deutschland haben mit der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit, kurz PESCO, da bereits wichtige Pflöcke eingeschlagen. Erst im November und Dezember vergangenen Jahres haben sie vor dem Europäischen Rat mitgeteilt, militärisch künftig intensiver gemeinsame Wege zu gehen. Was gleichfalls eine Steigerung der Rüstungsausgaben und keinesfalls mehr Frieden und Sicherheit in der Welt zur Folge haben wird.

Wie strategisch die angeblich von Trump angeregten Umstrukturierungspläne für die US-Truppen in Europa sind, bleibt abzuwarten. Gewiss besitzen sie ein Erpressungspotenzial, mit dem die USA beim kommenden NATO-Gipfel auftrumpfen können. Bei der NATO erinnert man sich noch mit Grausen an den ersten Auftritt des damals neuen US-Präsidenten. Trump hatte bei dem Treffen – statt sich wie erwartet zur Beistandsgarantie der NATO zu bekennen – mit scharfen Worten höhere Verteidigungsausgaben der europäischen Verbündeten verlangt. Allgemeines Kuschen war die Antwort. Und so könnte es am 11. und 12. Juli in Brüssel erneut sein. Als Erpresser auch von Verbündeten ist Trump unschlagbar – die angebliche Studie könnte ein probates Mittel sein.

Ist Trump ein Selbstherrscher?

Die Bundeszentrale für politische Bildung diskutierte in Berlin, ob die USA in eine Autokratie abgleiten

Lässt sich das Handeln des US-Präsidenten verstehen? Drei Experten haben es versucht – und über den Zustand der US-amerikanischen Demokratie debattiert.

Von Reiner Oschmann

»Trump sieht sich nicht als Zerstörer des Westens, sondern als seinen Erneuerer«, glaubt Peter Rough von der

konservativen Washingtoner Denkfabrik Hudson Institute. Die Bundeszentrale für politische Bildung stellte die Frage »Steuert Donald Trump Amerika in die Autokratie?«, in Berlin antworteten die US-Amerikanerin Regina Joseph, Gründerin der Beratungsgesellschaft Sibylin in New York und Den Haag, Jan-Werner Müller, Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Princeton University in New Jersey und Peter Rough.

Autokratie bedeutet »Selbstherrschaft« und bezeichnete eine Sonderform der Monarchie. In ihr bündelt der Autokrat die Staatsgewalt ganz bei sich – also das, was aktuell Putin in Russland und Erdogan in der Türkei tun.

Und in den USA? Die Akteure verzichteten eingangs darauf, zu klären, ob jeder dasselbe unter Autokratie versteht. Trotz Meinungsverschiedenheiten war sich das Podium einig, dass die USA nach 17 Amtsmonaten Trump noch nicht den Autokratie-Befund verdienen. Doch die Aber folgten sogleich: Der Rheinländer Jan-Werner Müller erinnerte daran, dass die USA auch vor Trump immer eine fehlerhafte Demokratie gewesen seien. Unter Trump sehe sich die Demokratie ersten strukturellen Gefahren gegenüber; sie gingen vorläufig aber nicht so weit wie »in der Türkei oder Ungarn« – und sie ließen sich bisher auch nicht mit denen vor Beginn der Nazizeit in Deutschland vergleichen.

Deutlich besorgter zeigte sich Regina Joseph: »Die USA sind ganz sicher eine Demokratie, aber ebenso sicher eine bedrohte Demokratie.« Die Bedrohungen verstärkten sich mit Trump, hätten jedoch vor ihm be-

gonnen. Nach dem 11. September 2001 seien Grundrechte beschnitten worden, und vor allem die Informationsrevolution hinterlasse mit ihrer Lenkung durch Big Money flächendeckend Unbildung. »Viele Amerikaner sehen keine Nachrichten mehr, und das, was ihnen von Sendern wie Fox News serviert wird, sind keine Informationen, sondern einseitige Botschaften, die es den Empfängern immer schwerer machen, zu sagen, was wirklich wichtig und was banal ist.«

Auf die »nd«-Frage, welche Veränderungen seit Trumps Antritt am

»Stattdessen bleiben für Trump Nationalstaaten mit militärischer Macht das Hauptmerkmal der internationalen Politik. Trump findet, dass er mit dieser Sicht der Realität Rechnung trägt, statt utopische Ansprüche zu bedienen.«

Peter Rough
Hudson Institute

problematischsten seien, antwortete Joseph mit dieser Liste: Das Abstumpfen gegenüber Lügen; das Verächtlichmachen von Werten und Empathie; die Abkehr von wissenschaftlichen Erkenntnissen und die Hinwendung zu Korruption; die Zerstörung des transatlantischen Bündnisses.

»Formal betrachtet sind Trumps USA keine Autokratie«, so Joseph. »Aber ganz gewiss gleiten sie unter

ihm in eine Kleptokratie ab, in der Regierungsbeamte ihre Positionen missbrauchen, um sich die Taschen zu füllen und die Gesetzgebung so zu manipulieren, dass Investoren, Banken sowie Energie- und Rohstoffunternehmen von Grund und Boden im öffentlichen und im Bundesbesitz profitieren.«

Peter Rough (35, kärntnerische Mutter, amerikanischer Vater) von der konservativen Denkfabrik Hudson Institute sieht hingegen nicht nur keine Gefahr für die US-Demokratie, sondern im heutigen Präsidenten, der »aus Rebellion gegen den Zustand der Demokratie gewählt wurde«, geradezu ein »Gegenstück zu einem Autokraten«. Er verspreche sich keinen langfristigen Gewinn durch die Demontage des Westens, sondern sieht sich als seinen Erneuerer. Trump weise die Vorstellungen eines sich immer weiter integrierenden internationalen Systems zurück. »Stattdessen bleiben für ihn Nationalstaaten mit militärischer Macht das Hauptmerkmal der internationalen Politik. Trump findet, dass er mit dieser Sicht der Realität Rechnung trägt, statt utopische Ansprüche zu bedienen.«

Zur Frage, ob Trump überhaupt langfristig denke, sagte Rough, der George W. Bush bei seinen Memoiren half: »Trump hat ein klares Weltbild, doch als erster Nicht-Politiker, der ins Weiße Haus kam, übertragen sich seine Instinkte nicht immer natürlich in Politikgestaltung.« Nur die Zeit werde zeigen, ob Trumps Antworten mehr taugen.

Sein Vorteil liege darin, dass die Macht der USA, die er entschlossen einsetzen will, einige Auseinandersetzungen erleichtern kann. Befragt, von welcher Seite Trump die größte

Gefahr für seine Wiederwahl drohe, meinte Rough: »Alle erfolgreichen Politiker haben eine letztlich unschlagbare Kernreferenz. Für Trump gelten als wichtigste Stärken sein Geschäfts- und Verhandlungsgeschick. Wenn es ihm nicht gelingt, erfolgreich die vielen Verhandlungsfrenten zu schließen, die er aufgemacht hat – von NAFTA bis zum Handel mit China –, wird seine Wiederwahl gefährdet sein. Damit direkt verbunden sind natürlich Wirtschaft und Wirtschaftswachstum in den USA.«

Und was ist mit Sonderermittler Mueller zur russischen Einmischung in die US-Wahlen? Rough zu »nd«: »Mueller steht für das derzeit wichtigste innenpolitische Ereignis, doch ich sehe nicht, dass er auf Basis der bisher bekannten harten Fakten eine Komplizenschaft belegen kann. Wichtiger ist, ob die Demokraten im Herbst die Mehrheit im Repräsentantenhaus zurückgewinnen, was wohl geschehen wird.« Dann würden sie wahrscheinlich ein Amtsenthebungsverfahren in Gang setzen, doch der Senat werde Trump nicht verurteilen. »Ich rechne nicht damit, dass die Ermittlungen den Präsidenten zur Strecke bringen.«

Auch Jan-Werner Müller gab sich auf dem Podium skeptisch, ob der erwartete Bericht des Sonderermittlers Trump stürzen kann. »Solange der Mueller-Report keine echte Bombe enthält, wird sich Trumps Basis kaum abwenden. Es gibt inzwischen eine echte trumpistische Bewegung. Die würde wohl in Aktion treten, wenn der Sonderreport des Sonderermittlers schlechte Nachrichten für den Präsidenten haben sollte.«

ANZEIGE

393. WARTBURG-KONZERT

INFO/BUCHUNG
030/2578-1.600

Leistungen inklusive:

- Fahrt im Komfortreisebus
- BVB-Sekfrühstück plus
- 2x ÖAHP im Schlosshotel Eisenach
- Stadttrundgang in Erfurt und Eisenach
- Führung auf der Wartburg
- Eintritt Lutherhaus
- Eintrittskarte Konzert
- Reiseleiter ab Berlin

Highlights

- Luthers Spuren in Eisenach
- Perfekter Chorgesang im Festsaal
- Musikalische Reise durch Russland

Reisetermin:
14.09.-16.09.18

Preise pro Person:

Doppelzimmer	399,- €
Einzelzimmer	429,- €

Ausführliche Informationen: nd-Lasernissen, Frank Olsberg, F.-Wahring-Platz 1, 10245 Berlin
Fax: 030/2578-1690; lasernissen@nd-online.de; www.nd-lasernissen.de

Veranstalter: BVB-Touristik/Freizeitreisen KG, neues deutschland nd

Grenzallee 15, 12057 Berlin